

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:65442-2021:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Koblenz: Funknetz
2021/S 026-065442**

Auftragsbekanntmachung

Lieferauftrag

Richtlinie 2009/81/EG

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber / Auftraggeber

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung: Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr

Nationale Identifikationsnummer:

Postanschrift: Ferdinand-Sauerbruch-Straße 1

Ort: Koblenz

Postleitzahl: 56073

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): BAAINBw I2.2

E-Mail: BAAINBwi2.2@bundeswehr.org

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers / des Auftraggebers: <http://www.evergabe-online.de/>

Elektronischer Zugang zu Informationen: <http://www.evergabe-online.de/>

Elektronische Einreichung von Angeboten und Teilnahmeanträgen: <http://www.evergabe-online.de/>

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

Offizielle Bezeichnung: Siehe zur Angebotsabgabe auffordernde Stelle

Nationale Identifikationsnummer:

Land: Deutschland

Internet-Adresse: <http://www.evergabe-online.de/>

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:

Offizielle Bezeichnung: Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr, – E1.3

Angebotssammelstelle

Nationale Identifikationsnummer:

Postanschrift: Ferdinand-Sauerbruch-Straße 1

Ort: Koblenz

Postleitzahl: 56073

Land: Deutschland

Internet-Adresse: <http://www.evergabe-online.de/>

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen

I.3) Haupttätigkeit(en)

Verteidigung

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber / anderer Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

Abschnitt II: Auftragsgegenstand

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**

Digitaler Bündelfunk Mission Counter Daesh – TETRA MIL Lw MCD

II.1.2) **Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung**

Lieferauftrag

Kauf

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Jordanien

NUTS-Code 00 Not specified

II.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung**

II.1.4) **Angaben zur Rahmenvereinbarung**

II.1.5) **Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:**

Es wird zur Herstellung der gesicherten Führungsfähigkeit auf der AL AZRAQ Airbase die Realisierung eines TETRA Bündelfunksystems (Zellulares Netz – MCD), integriert im Gefechtsstand der Luftwaffe Einsatzverband Mission Counter Daesh (GefStdLw EinsVbd (MCD)), gefordert. Bei dem Projekt TETRA MIL Lw MCD handelt es sich um ein zellulares Funksystem, welches Sprach- und Schmalbanddatenübertragung über den Bündelfunkstandard „Terrestrial Trunked Radio“ (TETRA) abwickelt.

Der TETRA-Standard ermöglicht grundsätzlich die geforderte technische Einbindung in das Netz der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS), die bereits ein flächendeckendes TETRA-Netz in Deutschland nutzen.

Zur Erfüllung der Anforderungen wird zusätzlich zur Integration des Systems in den Gefechtsstand (Zellulares Netz Mission Counter Daesh Gefechtsstand (ZN-MCD G)) auch ein System zur Erweiterung der Funkabdeckung, integriert in Betriebs-, Transport- und Lagerbehälter (BTuLB; Zellulares Netz Mission Counter Daesh BTuLB (ZN-MCD B)), ausgeplant.

System Zellulares Netz Mission Counter Daesh Gefechtstand (ZN-MCD G):

Die Netzinfrastruktur inklusive der Arbeitsplätze für die Administratoren, das Antennensystem, die Endgeräte sowie das Zubehör sind in den Gefechtstand der Luftwaffe Einsatzverband Mission Counter Daesh (GefStdLw EinsVbd (MCD)) zu integrieren. Die Systemtechnik ist hierbei redundant auszuführen. Die redundante Ausführung der Systemtechnik ermöglicht bei Bedarf zusätzlich eine Aufteilung des Gefechtsstands in 2 autarke Teilgefechtsstände.

Systemerweiterung Zellulares Netz Mission Counter Daesh BTuLB (ZN-MCD B):

Die Systemerweiterung ZN-MCD B dient bei Bedarf der Erhöhung der Funkabdeckung und kann auch während des Auf- und Abbaus des GefStdLw EinsVbd (MCD) die gesicherte und unterbrechungsfreie Kommunikation mit allen am Einsatz beteiligten Einsatzkräften vor Ort gewährleisten. Die Systemerweiterung ZN-MCD B ist in Betriebs-, Transport- und Lagerbehälter (BTuLB) zu integrieren. Der Antennenmast inkl. Antennen, die Funkgeräte und das Zubehör werden in weiteren separaten Transport- und Lagerbehältern (TuLB) mitgeführt.

II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

32418000 Funknetz

II.1.7) **Angaben zur Vergabe von Unteraufträgen**

Der Bieter muss im Angebot alle Auftragsteile, die er möglicherweise an Dritte zu vergeben gedenkt, sowie alle vorgeschlagenen Unterauftragnehmer und die Gegenstände der Unteraufträge angeben

Der Bieter muss alle Änderungen angeben, die sich bei Unterauftragnehmern während der Auftragsausführung ergeben

- II.1.8) **Lose**
Aufteilung des Auftrags in Lose: nein
- II.1.9) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang:**
Liefer- und Leistungsgegenstand ist die Konstruktion, Herstellung und Lieferung des Systems „Zellulare Netze Mission Counter Daesh Gefechtsstand“ (ZN-MCD G), und dessen Integration in den Gefechtsstand Luftwaffe Einsatzverband Mission Counter Daesh (GefStdLw EinsVbd (MCD)), sowie einer Systemerweiterung „Zellulare Netze Mission Counter Daesh Betriebs-, Transport- und Lagerbehälter (BTuLB)“ (ZN-MCD B) zur Netzerweiterung, einschließlich aller Zubehörteile, Ersatzteile und Verbrauchsmaterialien sowie der Erstausbildung im spezifizierten Umfang.
System-Infrastruktur für den Gefechtsstand:
Konstruktion, Herstellung, Lieferung und Integration von betriebsbereiten Systemen:
— 1 System Zellulare Netze Mission Counter Daesh Gefechtsstand (ZN-MCD G),
— 1 Systemerweiterung Zellulare Netze Mission Counter Daesh BTuLB (ZN-MCD B).
Komponenten für Sprechstellen:
Lieferung von Komponenten für Sprechstellen und deren Integration in den Gefechtsstand, bestehend aus:
— 2 Leitstellenarbeitsplätze,
— 6 Ortsfeste Sprechstellen,
— 10 LAN-Funkgeräteinterfaces.
Kryptovariablenmanagementstation:
— 1 KVMS-Laptop inkl. 2 Kartenlese-/schreibgeräte.
Ersatzteilpaket:
— 1 Alle Austausch- und Verschleißteile für den Ersatzteilerstbedarf.
- II.2.2) **Angaben zu Optionen**
Optionen: nein
- II.2.3) **Angaben zur Vertragsverlängerung**
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung**
Beginn 17.6.2021. Abschluss 29.4.2022

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) **Geforderte Kautionen und Sicherheiten:**
Keine
- III.1.2) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:**
Gemäß Bewerbungsbedingungen (Abschlags- und Schlusszahlungen im Rahmen der Verdingungsordnung für Leistungen Teil B (VOL/B))
- III.1.3) **Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:**

Sofern eine Bewerbung als Bewerbergemeinschaft erfolgen soll, ist mit dem Teilnahmeantrag zusätzlich eine von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft unterzeichnete Erklärung einzureichen, aus der sich auch — die gesamtschuldnerische Haftung im Zuschlagsfall.

Namen sämtlicher Mitglieder der Bewerbergemeinschaft,

— ein bevollmächtigter Vertreter,

— und die Absicht, sich im Fall der erfolgreichen Bewerberauswahl zur Bietergemeinschaft und im Zuschlagsfall zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen ergibt.

Die vorstehend genannten Erklärungen sind sowohl von dem Bewerber als auch allen Mitgliedern einer Bewerbergemeinschaft abzugeben.

III.1.4) **Sonstige besondere Bedingungen für die Auftragsausführung, insbesondere bezüglich der Versorgungs- und Informationssicherheit:**

Der zu beauftragende Bieter, eventuelle Eignungsleiher und Unterauftragnehmer, die im Auftragsfall sicherheitsrelevante Tätigkeiten ausüben, müssen sich in der Geheimschutzbetreuung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) befinden oder in diese aufgenommen werden, da im Zuge der Projektumsetzung der Umgang mit VS-vertraulich eingestuft Informationen seitens des Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) sowie der Bundeswehr erforderlich ist. Die Aufnahme in die Geheimschutzbetreuung muss bis zur Zuschlagserteilung abgeschlossen sein.

Alle an der Erstellung des Teilnahmeantrags und des Angebots beteiligten Mitarbeiter müssen vom AN auf die Einhaltung der Bestimmungen des VS-NfD-Merkblatts verpflichtet werden.

Die im Auftragsfall eingesetzten Mitarbeiter des Bieters und eventueller Eignungsleiher und Unterauftragnehmer, die im Auftragsfall sicherheitsrelevante Tätigkeiten ausüben, müssen einer einfachen Sicherheitsüberprüfung (Ü1) gemäß § 9 SÜG unterzogen werden. Es dürfen nur solche Personen sicherheitsrelevante Tätigkeiten ausüben, die im Ergebnis der Sicherheitsprüfung hierfür eingesetzt werden dürfen.

Der Bewerber muss für die Abwicklung der Verträge und die Kommunikation mit dem Auftraggeber nur Personal vorsehen, das die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrscht. (formlose Eigenerklärung)

Der Bewerber muss den Auftraggeber im Auftragsfall über jede geplante Änderung in seiner Lieferkette sowie bei seinen Nachunternehmern im Voraus informieren und diese mit dem Auftraggeber abstimmen. Der Auftraggeber muss seine Zustimmung erteilen.

III.1.5) **Angaben zur Sicherheitsüberprüfung:**

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) **Persönliche Lage**

Kriterien für die persönliche Lage der Wirtschaftsteilnehmer (die zu deren Ausschluss führen können) einschließlich Pflicht zur Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: —

Bezeichnung des Bewerberunternehmens mit Firma und Anschrift sowie Angabe eines für das Verfahren zuständigen Ansprechpartners mit E-Mail, Telefon- und Faxnummer,

— Angaben zur Eigentümerstruktur,

— aktueller Auszug aus dem Handelsregister, nicht älter als ein Jahr gerechnet ab dem Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge in Ziffer IV. 3.4. dieser Bekanntmachung,

— unterschriebene Eigenerklärung zum Nichtvorliegen zwingender oder fakultativer Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB (Formular BAAINBw-B-V 034),

— unterschriebene Eigenerklärung zum Schutz von Verschlussachen durch Bewerber/Bieter bei Aufträgen nach § 104 Abs. 3 GWB (Formular BAAINBw-B-V 031),

— unterschriebene formlose Eigenerklärung, dass der Bewerber/Bieter den Auftraggeber vor

Zuschlagserteilung auf Aufforderung vollständig und lückenlos über seine geplante Lieferkette und alle für den

Auftrag relevanten Nachunternehmer informiert. Die Formulare stehen zum Download unter www.baainbw.de/Vergabe/Unterlagen zur Angebotsabgabe bereit. Unterlagen in einer anderen als der Deutschen Sprache ist eine Übersetzung beizufügen,

— der Bewerber, der im Auftragsfall sicherheitsrelevante Tätigkeiten (VS-Vertraulich) ausübt, muss sich in der Geheimschutzbetreuung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) befinden oder sich bereit erklären sich in diese aufnehmen zu lassen, da im Zuge der Projektumsetzung der Umgang mit VS-vertraulich eingestuft Informationen seitens des Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und/oder der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) sowie der Bundeswehr erforderlich ist. Die Aufnahme muss bis zur Zuschlagserteilung abgeschlossen sein,

— Verpflichtung der an der Erstellung des Teilnahmeantrags und des Angebots beteiligten Mitarbeiter auf die Einhaltung der Bestimmungen des VS-NfD-Merkblatts. (Formlose Eigenerklärung).

Kriterien für die persönliche Lage von Unterauftragnehmern (die zu deren Ausschluss führen können) einschließlich Pflicht zur Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Für Unterauftragnehmer:

— Bezeichnung des Unterauftragnehmers mit Firma und Anschrift,

— aktueller Auszug aus dem Handelsregister, nicht älter als ein Jahr gerechnet ab dem Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge in IV.3.4.) dieser Bekanntmachung,

— unterschriebene Eigenerklärung zum Nichtvorliegen zwingender oder fakultativer Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB (Formular BAAINBw-B-V 034),

— unterschriebene Eigenerklärung zum Schutz von Verschlusssachen durch Unterauftragnehmer bei Aufträgen nach § 104 Abs. 3 GWB (Formular BAAINBw-B-V 032) Die Formulare stehen zum Download unter www.baainbw.de/Vergabe/Unterlagen zur Angebotsabgabe bereit. Unterlagen in einer anderen als der Deutschen Sprache ist eine Übersetzung beizufügen.

III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit der Wirtschaftsteilnehmer (die zu deren Ausschluss führen können)

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: —

Geschäftsbericht des Unternehmens der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre,

— Erklärung über den Gesamtumsatz (netto) und den Umsatz für den durch den Auftragsgegenstand genutzten Geschäftsbereich der letzten drei Geschäftsjahre. Zum Nachweis der Eignung ist ein jährlicher Mindestumsatz von 7,8 Mio. EUR erforderlich.

Der Auftraggeber behält sich vor, eine Wirtschaftsauskunft/einen Gewerbezentralregisterauszug über den Bewerber/Bieter einzuholen.

Sofern eine Bewerbung als Bewerbergemeinschaft (BewGe) erfolgen soll, ist mit dem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern der BewGe unterzeichnete Erklärung einzureichen, aus der sich auch die gesamtschuldnerische Haftung (vgl. Ziffer III.1.3) dieser Bekanntmachung) im Zuschlagsfall, die Namen sämtlicher Mitglieder der BewGe, ein bevollmächtigter Vertreter [und die Absicht, sich im Fall der

erfolgreichen Bewerberauswahl zur Bietergemeinschaft] und im Zuschlagsfall zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen, ergibt.

Die vorstehend genannten Erklärungen sind sowohl von dem Bewerber als auch allen Mitgliedern einer BewGe abzugeben.

Bewerbergemeinschaften müssen einen für die Vertretung der Bewerbergemeinschaft in dem Vergabeverfahren bevollmächtigten Vertreter bestimmen. Die Erklärung (Formular BBAINBw B-V 047) muss wenigstens mit folgenden Angaben befüllt werden:

— Liste der Mitglieder der Bewerbergemeinschaft unter Angabe der Firma, Adresse, Ansprechpartner und E-Mailadresse,

— Benennung des bevollmächtigten Vertreters unter Angabe des Namens und der Firma.

Die Erklärung ist von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft zu unterschreiben.

Eigenerklärung, dass im Auftragsfall Versicherungsschutz (industriübliche Betriebshaftpflicht) besteht, deren Höhe jeweils 10 Mio. EUR pro Schadensfall für Personen- und Sachschäden, im Falle der Kumulation der Schadensereignisse jedoch 100 Mio. EUR pro Jahr nicht unterschreitet.

Der Bewerber kann sich zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen sowie technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit (Eignung) der Fähigkeiten anderer Unternehmen (Dritter/Nachunternehmer/konzernverbundener Unternehmen) bedienen, ungeachtet des rechtlichen Charakters zwischen ihm und diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen.

Zum Nachweis der Eignung hat der Bewerber/Bieter diese Dritten in seinem Teilnahmeantrag zu benennen und die in Ziffer III.2.2) dieser Bekanntmachung genannten Angaben/Erklärungen/Nachweise auch für diesen Dritten in dem Umfang vorzulegen, in dem er sich auf dessen Fähigkeiten beruft.

Mit dem Teilnahmeantrag ist der Nachweis zu erbringen, dass ihm dieser Dritte mit den erforderlichen Mitteln für das Erbringen der Leistungen (z. B. durch eine Verpflichtungserklärung) zur Verfügung steht.

Ausländischen Bewerbern wird die Vorlage vergleichbarer Nachweise gestattet. Soweit Eigenerklärungen verlangt werden, sagt der Bewerber/Bieter zu, Nachweise auf Verlangen spätestens vor Zuschlagserteilung vorzulegen.

Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit von Unterauftragnehmern (die zu deren Ablehnung führen können)

III.2.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Kriterien für die technischen und beruflichen Fähigkeiten der Wirtschaftsteilnehmer (die zu deren Ausschluss führen können)

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die technische Leistungsfähigkeit und Fachkunde des AN ist durch Vorlage von Zertifizierungen wie DIN EN ISO 9001/27000 und insbesondere durch die Beschreibung von Referenzprojekten im Bereich Tetra nachzuweisen. Die Referenzprojekte sollten nicht älter als 5 Jahre sein. Neben einer Kurzbeschreibung des Projektes ist die Dauer und das Auftragsvolumen jeder Referenz anzugeben.

Der Bewerber kann sich zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen sowie technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit (Eignung) der Fähigkeiten anderer Unternehmen (Dritter/Nachunternehmer/

konzernverbundener Unternehmen) bedienen, ungeachtet des rechtlichen Charakters zwischen ihm und diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen.

Zum Nachweis der Eignung hat der Bewerber/Bieter diese Dritten in seinem Teilnahmeantrag zu benennen und die in Ziffer III.2.3) dieser Bekanntmachung genannten Angaben/Erklärungen/Nachweise auch für diesen Dritten in dem Umfang vorzulegen, in dem er sich auf dessen Fähigkeiten beruft.

Mit dem Teilnahmeantrag ist der Nachweis zu erbringen, dass ihm dieser Dritte mit den erforderlichen Mitteln für das Erbringen der Leistungen (z. B. durch eine Verpflichtungserklärung) zur Verfügung steht.

Ausländischen Bewerbern wird die Vorlage vergleichbarer Nachweise gestattet. Soweit Eigenerklärungen verlangt werden, sagt der Bewerber/Bieter zu, Nachweise auf Verlangen spätestens vor Zuschlagserteilung vorzulegen.

Kriterien für die technischen und beruflichen Fähigkeiten von Unterauftragnehmern (die zu deren Ausschluss führen können)

III.2.4) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

III.3.2) **Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal**

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden (ggf. nach einem bestimmten Verhandlungsverfahren) nein

IV.1.2) **Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

IV.1.3) **Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) **Zuschlagskriterien**

Niedrigster Preis

IV.2.2) **Angaben zur elektronischen Auktion**

Eine elektronische Auktion wurde durchgeführt: nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) **Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:**

Q/I2BU/MA012/IZ049

IV.3.2) **Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags**

nein

IV.3.3) **Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung**

Kostenpflichtige Unterlagen: nein

IV.3.4) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

15.3.2021 - 13:00

IV.3.5) **Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

IV.3.6) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können**

Deutsch.

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Der Teilnahmeantrag mit allen seinen Anlagen ist in dreifacher Ausfertigung (1 Original und 2 Kopien) in deutscher Sprache einzureichen.

Per Fax oder elektronisch eingehende Teilnahmeanträge können nicht berücksichtigt werden.

Die Übermittlung hat schriftlich an die in Anhang A III) unter „Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an“ aufgeführte Anschrift zu adressieren und ist unter expliziter Angabe des Aktenzeichens wie folgt zu kennzeichnen:

Nicht öffnen – EU – Teilnahmewettbewerb

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

Bearbeitungsnummer Q/I2BU/MA012/IZ049

Schlusstermin: 15.3.2021

Die Bewerber haben zu beachten, dass der Teilnahmeantrag unterzeichnet ist. Der Teilnahmeantrag ist entweder von allen Mitgliedern einer Bewerbergemeinschaft oder dem bevollmächtigten Vertreter zu unterzeichnen. Sofern ein bevollmächtigter Vertreter unterzeichnet, ist bzw. sind die Vollmachten der Mitglieder der Bewerbergemeinschaft beizufügen.

Hinweise zur e-Vergabe für Unternehmen finden sich unter: „Information zur elektronischen Vergabe (e-Vergabe)“ im Internet-Auftritt des BAAINBw. Bitte beachten Sie das Begleitschreiben zur e-Vergabe BAAINBw B-V 039.

Sonstiges:

Die Übermittlung von Bewerberfragen hat ausschließlich per E-Mail unter Angabe der Bezeichnung des Auftrags (vgl. Ziffer II.1.1)) und des Aktenzeichens (vgl. Ziffer IV.3.1)) zu erfolgen.

Auskünfte werden grundsätzlich nur auf solche Fragen erteilt, die bis zum 5.3.2021 eingegangen sind.

Mündliche oder verspätete Anfragen werden nicht beantwortet.

Die Bewerber sollen die zur Verfügung gestellten Formulare verwenden, ausfüllen und durch die geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise ergänzen. Ein Verweis auf frühere Bewerbungen/Angebote ist nicht ausreichend.

Der Bewerber wird darauf hingewiesen, dass alle mit dem Teilnahmeantrag eingereichten Angaben auch für das ggf. einzureichende Angebot Geltung haben sollen. Sofern sich im weiteren Verfahren Änderungen gegenüber dem Teilnahmeantrag ergeben, muss die Vergabestelle zu späterer Zeit ggf. erneut in eine Beurteilung der Eignung eintreten.

Die in dieser Bekanntmachung enthaltenen Informationen dienen allein dem Zweck, den Interessenten einen Eindruck zu verschaffen und eine Entscheidung über die Teilnahme am Verfahren zu ermöglichen.

Spezifizierungen im Rahmen der Verhandlungen bleiben vorbehalten.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Bundeskartellamt – Vergabeskammer des Bundes
Postanschrift: Villemomblerstraße 76
Ort: Bonn
Postleitzahl: 53123
Land: Deutschland
E-Mail: info@bundeskartellamt.de
Telefon: +49 2289499-0
Fax: +49 2289499-400

VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: § 160 GWB Einleitung, Antrag:

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:

1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,

2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

§ 134 GWB Informations- und Wartepflicht

https://www.gesetze-im-internet.de/gwb/_134.html

§ 135 Unwirksamkeit

https://www.gesetze-im-internet.de/gwb/_135.html

VI.4.3) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Offizielle Bezeichnung: Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr

Postanschrift: Ferdinand- Sauerbruch-Str. 1

Ort: Koblenz

Postleitzahl: 56073

Land: Deutschland

E-Mail: baainbwi2.2@bundeswehr.org

Fax: +49 261400-22222

Internet-Adresse: www.baainbw.de

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

3.2.2021